

# Staat und Recht im Imperialismus

## Wahlrecht und Wahlstrategien bei den USA-Präsidentenwahlen 1984

Prof. Dr. sc. EKKEHARD LIEBERAM,  
 Institut für Theorie des Staates und des Rechts  
 der Akademie der Wissenschaften der DDR

„Die 50. Präsidentschaftswahl der Nation zeigt eine außerordentliche Kollision der Ideologien, (Jie mehr Erregung hervorruft als irgendein Rennen um das Weiße Haus seit Jahren“, merkt ein namhaftes USA-Nachrichtenmagazin<sup>1</sup> zu dem am 6. November 1984 stattfindenden Wahlen<sup>2</sup> an. Vertreter der US-amerikanischen Politikwissenschaft meinen, daß Präsident Ronald Reagan „die Klassendifferenzen, die sich über viele Jahre verringert hatten, wiederbelebt und die Teilung zwischen den Parteien verstärkt hat“<sup>3</sup>, oder sie sprechen gar von der Wahl 1984 als von einer „Klassenschlacht“<sup>4</sup>.

Richtig an derartigen Aussagen zur Spezifik der diesjährigen Wahlkampagne<sup>5</sup> ist zweifellos, daß die Auseinandersetzung zwischen den Kandidaten der zwei großen Parteien der USA — den Demokraten und den Republikanern — in diesem Jahr mehr ist als nur ein Gerangel um den Zugang dieser oder jener Personengruppe des Monopolkapitals zum mächtigsten politischen Amt der kapitalistischen Welt. Zur Entscheidung steht, ob der alle maßgeblichen Positionen des zentralen Exekutivapparates der USA kontrollierenden Reagan-Mannschaft, die „mit wahnwitzigem Starrsinn einen katastrophalen Kurs auf nukleare Konfrontation (verfolgt)“<sup>6</sup>, eine Niederlage bereitet wird oder ob sie für weitere vier Jahre im Amt bleibt. Das ist zugleich die Entscheidung darüber, ob die von der Reagan-Regierung „als einer der arbeiterfeindlichsten, am meisten militaristischen und rassistischen Regierungen“<sup>7</sup> betriebene Politik des Kahlschlags der Sozialleistungen, der Pauperisierung von Millionen Menschen, der Einschränkung der Gewerkschafts- und Bürgerrechte fortgesetzt wird oder gestoppt werden kann.

Hervorstechendes Merkmal der Wahlkampagne 1984 ist eine ungewöhnliche Aktivierung der demokratischen Bewegung und ein erbitterter Kampf um die Wählerstimmen. Die Kommunistische Partei der USA hat auf ihrem XXIII. Parteitag im November 1983 dazu aufgerufen, eine „Volksfront zum Kampf gegen Reagan, den Reaganismus und die Reaganomics“ zu bilden, und die Delegierten des 1983 abgehaltenen Kongresses der AFL/CIO, des Gewerkschaftsdachverbandes, beschlossen, bei den Vorwahlen Walter Mondale als Präsidentschaftskandidaten der Demokratischen Partei zu unterstützen.<sup>6</sup>

Im folgenden soll auf einige Aspekte des US-amerikanischen Wahlrechts und der Wahlstrategien näher eingegangen werden, die in der diesjährigen Wahlkampagne auf besondere Weise in den Vordergrund treten.

### Neue Akzente der Delegiertenwahlen zu den Nationalkonventen

Die erste Etappe der Wahlkampagne 1984, die sich über ein halbes Jahr erstreckende Etappe der Nominierung der Präsidentschaftskandidaten, fand mit der Aufstellung von Walter Mondale auf dem Nationalkonvent der Demokratischen Partei im Juli in San Francisco und von Ronald Reagan auf dem Nationalkonvent der Republikanischen Partei im August in Dallas ihren erwarteten Abschluß. Auf Seiten der Demokraten traten zunächst zehn Kandidaten an, von denen am Schluß noch drei im Rennen waren: Der ehemalige Vizepräsident der USA Walter Mondale, Senator Gary Hart aus dem Bundesstaat Colorado und der angesehene afroamerikanische Bürgerrechtskämpfer Reverend Jesse Jackson. Bei den Republikanern blieb Ronald Reagan ohne jeden ernsthaften Konkurrenten.

Über die Nominierung der Demokraten und Republikaner für den Nationalkonvent wird in Delegiertenwahlen entschieden, die nach unterschiedlichen Prozeduren von Ende Februar bis Anfang Juni stattfinden. Die Regeln für diese Wahlen sind zum Teil in Gesetzen der Einzelstaaten und zum anderen Teil in Richtlinien der beiden großen Parteien fixiert. Das Oberste Gericht der USA hat 1981 in der Sache Democratic Party of U. S. gegen La Follette ausgesprochen, daß im Konfliktfall „die Partei die Kriterien für die Auswahl der Delegierten für ihren Nationalkonvent bestimmen kann und jene Mandate nicht anzuerkennen braucht, die nicht in Übereinstimmung mit diesen Kriterien vergeben wurden“<sup>9</sup>. Diese Entscheidung hat für die Wahlen 1984 insofern besonderes Gewicht, als von der Demokratischen Partei 1982 neue Durchführungsrichtlinien für die Delegiertenwahlen herausgegeben wurden.

Die Delegierten zu den Nationalkonventen der Demokraten und Republikaner werden — zumindest überwiegend — entweder in Primaries oder in Caucus-Wahlen gewählt. Primaries sind staatlich überwachte, organisierte und finanzierte Vorwahlen auf der Ebene der Einzelstaaten, bei denen die Anhänger der Demokraten bzw. Republikaner über die Delegierten zum Nationalkonvent und dabei auch in aller Regel über deren Abstimmungsverhalten zugunsten eines der Präsidentschaftskandidaten entscheiden. Caucus-Wahlen sind von unten nach oben ablaufende Parteiwahlen, bei denen die Parteianhänger der Demokraten bzw. der Republikaner zunächst in der kleinsten lokalen Einheit (precinct) über die Präsidentschaftskandidaten und die sie jeweils unterstützenden Delegierten abstimmen. Diese Delegierten wählen im Rahmen des Bezirks (county) die Delegierten für den Parteikonvent auf der Ebene des Kongreß-Wahlkreises (congressional-district), die wiederum die Delegierten für den Konvent des Einzelstaates wählen. Dort erfolgt dann die Wahl der Delegierten zum Nationalkonvent.

Gegenüber 1980 ist in diesem Jahr die Zahl der Einzelstaaten mit Primaries sowie der Prozentsatz der in ihnen gewählten Delegierten zurückgegangen.<sup>10</sup> Die Demokraten führten Primaries in 23 Staaten, im District of Columbia, in

- 1 J. W. Mashek, „Political Mania Takes Over“, U. S. News & World Report vom 16. Juli 1984, S. 71.
- 2 Gewählt werden außer dem Präsidenten und dem Vizepräsidenten der USA auch die 435 Abgeordneten des Repräsentantenhauses, 33 Mitglieder des Senats, 13 Gouverneure, 6 000 Abgeordnete und Senatoren auf der Ebene der Einzelstaaten und etwa 500 000 weitere Abgeordnete und Staatsangestellte im lokalen Bereich. Zum Wahlrecht der USA vgl. auch Autorenkollektiv, Das politische System der USA - Geschichte und Gegenwart, Berlin 1982, S. 212 ff.; E. Lieberam, „Präsidentenwahlen in den USA — juristische Absicherung der Herrschaft der Monopole“, NJ 1980, Heft 10, S. 455 ff.
- 3 So Peter Hart, Wahlspezialist der Demokratischen Partei, zitiert nach: E. C. Ladd, „Is Election '84 Really a Class Struggle?“, Public Opinion (Washington D. C.) 1984, Heft 2, S. 41.
- 4 So D. s. Broder, „Election '84: A Class Struggle“, The Washington Post National Weekly Edition vom 16. Januar 1984, S. 9.
- 5 Vgl. hierzu auch G. Meyers, „Das Weiße Haus gegen das werktätige Amerika“, Probleme des Friedens und des Sozialismus 1984, Heft 7, S. 949 ff.; K.-H. Röder, „Über Wahlen in den USA“, Einheit 1984, Heft 8, S. 754 ff.
- 6 So die Einschätzung tier KP der USA bei G. Meyers, a. a. O., S. 949.
- 7 Vgl. G. Meyers, a. a. O. — Gus Hall erklärte vor dem Zentralkomitee der Kommunistischen Partei der USA: „Die Realität dieser Wahl ist jedoch, daß der wählbare Kandidat gegen Reagan ein kleineres Übel ist. ... Die Demokratische Partei ist und wird immer eine von den zwei Parteien des big business sein. Diese Realität ändert sich nicht“ (1984 Elections — We Can Make the Difference, Report to the Central Committee - National Council, New York 1984, S. 12).
- 9 S. J. Wayne, „Choosing the Candidates“, in: Elections '84, Hrsg.: United States Information Agency, April 1984, S. 9; vgl. auch N. W. Polsby, Consequences of Party Reform, Oxford 1983, S. 178 u. 252.
- 10 Nach S. J. Wayne (a. a. O.) ergibt sich folgende Übersicht über die Primaries von 1968 bis 1984:

Jahr	Prozentsatz der Delegierten aus Einzelstaaten mit Primaries			
	Zahl der Primaries	Demokraten	Republikaner	Demokraten
1968	17	16	37,5	34,3
1972	23	22	60,5	52,7
1976	29	28	72,6	67,9
1980	31	35	74,7	74,3
1984	26	30	49,5	67,9